

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
 Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

### Deutscher Reichstag. 55. Sitzung vom 13. März 1899, 1 Uhr.

Die Beratung des Etats des auswärtigen Amtes wird fortgesetzt bei dem Abschnitt Allgemeine Fonds.

Abg. Müllers-Ferber wünscht eine bessere Ausbildung unserer Berufs-Konsuln in volkswirtschaftlicher Hinsicht.

Unterstaatssekretär v. Richthofen erwidert, der Herr Vorredner unterläßt doch die Bedeutung, den Werth der von unseren Berufs-Konsuln erteilten wirtschaftlichen Berichte. Dieselben hätten auch im Auslande außerordentliches Lob gefunden und seien verschiedentlich in anderen Parlamenten als nützlich bezeichnet worden. Jedenfalls werde die Regierung alles thun, um die Berichterstattung vollkommen zu machen und etwa noch vorhandenen Mängeln abzuheben. Zweifelslos sei aber die Thätigkeit der Konsuln zu großem Theile eine juristische und darauf sei bei der Auswahl der Konsuln Rücksicht zu nehmen. Die Regierung nehme aber die Konsuln aus allen Kreisen, wo sie auf die erforderliche Sachkenntnis zu rechnen habe.

Bei dem Titel 300 000 Mark zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande hat die Kommission beantragt: Hinzuzufügen „und Bibliotheken.“

Der Titel wird in dieser Form genehmigt, nachdem die Abg. Schrader und Haffel auf die hohe nationale Bedeutung dieser deutschen Schulen im Auslande hingewiesen.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte erledigt.

Zur Debatte stehen schließlich noch zwei Resolutionen: 1. möglichst ausführliche Bekanntgabe der Berichte der land- und forstwirtschaftlichen Sachverständigen im Auslande; 2. betr. Errichtung einer tropenhygienischen Anstalt.

Die Abg. Müller-Sagan und Endemann beantworten letztere Resolution warm.

Direktor der Kolonialabtheilung v. Bockholt erklärt, die Regierung würde es freudig begrüßen, wenn die Resolution möglichst einmütig angenommen werde.

Die Annahme erfolgt fast einstimmig.

Es folgt die dritte Beratung des Reichstages Gesetzentwurfs betr. Sicherung des Wahlgeheimnisses (durch Abgabe der Stimmzettel in Kapseln, durch Stimmräume).

Abg. Bachmann hofft auf endliche Annahme des Gesetzentwurfs auch seitens der verbündeten Regierungen. Der Reichstag habe seinen Willen bekundet, es komme jetzt darauf an, ob die verbündeten Regierungen der konsequenter Beschlußfassung des Reichstages etwa teilweise ein konsequentes Nein entgegenzusetzen wollen.

Abg. Herzfeld (Soz.) verweist als Vertreter von Moskau namentlich auf die medien-burgischen Verhältnisse, wo es an dem unbedingten Korrelat des allgemeinen gleichen Wahlrechts, dem Vereins- und Versammlungsrecht, gänzlich fehle. Es habe sich das auch wieder bei den letzten Wahlen gezeigt, wo bei der Wahlbewegung den sozialdemokratischen Wahlvereinen ebenso wie den Bildungsbereiten die größten Hindernisse in den Weg gelegt worden seien. Das Wahlrecht werde in Moskau einfach vernichtet zugleich mit dem Vereins- und Versammlungsrecht, namentlich auch durch Verneinung der Sonntagsruhe und deren Auslegung durch das Oberlandesgericht. Am 10. Februar laufenden Jahres habe noch dazu der medienburgische Landtag eine Zusatzbestimmung zu dem medienburgischen Vereinsgesetz von 1855 beschlossen, wonach während des ganzen Sonntags das Herumtragen von Druckschriften untersagt sei. Beschlossen sei diese Bestimmung ausschließlich zu dem Zweck, die sozialdemokratische Thätigkeit während der Wahlzeit zu unterbinden. (Präsident Graf v. Helldorf erhebt den Vorbehalt, sich mehr an den Gegenstand der Tagesordnung zu halten.) Redner schließt weiter, wie es den Sozialdemokraten in Moskau unmöglich gewesen sei, ein Votum für Wahlvereine zu erhalten. Auf dem Lande erst recht nicht.

Abg. Bachmann: Meine Freunde werden geschlossen für den Antrag eintreten. Nachdem wir einmal das geheime Wahlrecht haben, müssen wir es auch sicher stellen. Wenn der Bundesrath dem Gesetzentwurf zustimmen wollte, würde sicher ein großer Theil des bestehenden sozialen Mißbehagens schwinden. Weitere Bemerkungen kann ich mir verheßen, da Alles, was über den Antrag gesagt werden kann, schon gesagt worden ist.

Abg. Meißner (konf.) erklärt kurz, seine Freunde beharrten bei ihrer ablehnenden Stellung zu dem beantragten Gesetzentwurf, und bestreiten jedoch dem Abg. Herzfeld, daß das Vereins- und versammlungsrechtliche Verhalten der medienburgischen Behörden ordnungs- und gesetzwidrig sei.

Abg. Friese. Hausmann-Böhligen (libd. Volksp.) führt aus, wie in Württemberg die vorliegenden Bestimmungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses eingeführt worden seien, nachdem auch die Regierung einmütig genug gewesen sei, ihnen zuzustimmen. Auch der Bundesrath sollte sich sagen, daß eine ganze Annahme sozialen Mißbehagens schwinden würde, wenn hier endlich Abhilfe geschafft würde.

Abg. v. Maltzan (konf.) erklärt als Medlenburger, er sehe an dem Sonntagsgesetz vom Februar dieses Jahres nur einen Fehler, nämlich den, daß in dem Gesetz nicht ganz offen ausgesprochen sei, daß es sich gegen die Sozialdemokratie richte. Denn Offenheit sei nun einmal das Beste.

Abg. Wetterlé (Gäffler) tritt für die Nothwendigkeit, das Wahlgeheimnis zu sichern, ein, zumal in Elsaß-Lothringen sogar Behörden, die doch zum Schutze des Geheims beauftragt seien, Verletzungen des Wahlgeheimnisses begingen.

Nach einigen Bemerkungen v. Bachmann's und Herzfeld's schließt die Debatte und der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Konservativen und Reichsparteiler angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Hehl zu Hermsheim auf Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen.

Abg. v. Hehl gedenkt zur Begründung seines Antrages der mannigfachen Beschwerden von Stromabwärts Wohnenden über Einführung von Seilwässern in die weiter aufwärts befindlichen Theile der Stromläufe. Auch im preussischen Landtage sei darüber schon im Vorjahre lebhaft diskutiert worden. Im ganzen Mittelrheingebiet werde man schwer geschädigt namentlich durch das Vorgehen des Rheins, wofür die Fäkalien von 10 000 Häusern in den Rhein geführt würden. Auch in Mannheim und anderen Orten des oberen Stromgebietes des Rheins geschehe dies. In Preußen sei man, wie er anerkennen mußte, in dieser Beziehung vorsichtiger. Der schöne Mittelrhein werde dadurch zu einer Kloake.

Abg. Dreßbach versichert, daß in Mannheim die Abwässer erst nach völlig ausreichender Reinigung durch die Kanalisations-Vorrichtungen dem Rhein zugeführt würden. Bei den Wormser Müllingen (Abg. v. Hehl ist bekanntlich Vertreter von Worms) sei ansehnend etwas Heuchelei im Spiel. (Präsident v. Frege: Ich nehme an, daß —) Redner fortfahrend: Ich meine natürlich die Stadt Worms, nicht den Herrn Abgeordneten.

Abg. Graf Bernstorff-Neuzelle (Welfe) führt aus, der Antrag berühre einen Punkt von ganz besonderer Wichtigkeit. Die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regelung sei unbestreitbar, und die Kompetenz des Reiches auf diesem Gebiete sollte daher nach Möglichkeit ausgenutzt werden. Die von dem Antragsteller gewünschte Reichskommission sollte ihre Beratungen aber nicht auf die gesundheitliche Seite der Sache beschränken, sondern auch die Zustände der Flüsse, ihre Schiffbarkeit in Betracht ziehen.

Damit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Abg. v. Hehl wird der Antrag angenommen.

Es folgen Petitionsberichte, zunächst über Petitionen betreffend die Approbation weiblicher Ärzte. Die Kommission beantragt Ueberweisung an den Reichskanzler „als Material“.

Abg. Schrader äußert kurz den Wunsch, daß die verbündeten Regierungen endlich einmal in dieser Sache Ernst machen möchten.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Ebenso wird eine Petition der Schiffsmaschinenbauers v. Hennings in Hamburg betreffend den Verkehr im Nordostsekanal dem Reichskanzler, und zwar ohne jede Debatte, als Material überwiesen. Ebenso nach kurzer Debatte diverse Petitionen über die Sonntagsruhe. Auch bei einer Reihe weiterer Petitionen befolgt das Haus gemäß den Anträgen der Kommission.

Sodann vertagt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.  
 Tagesordnung: Zweite Beratung der Militär-Vorlage.  
 Schluß nach 5 1/2 Uhr.

### Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus. 42. Sitzung vom 13. März 1899, 11 Uhr.

Am Ministerische Boffe und Kommissarien. Die Beratung des Kultusgesetzes wird bei dem Kapitel „Söhere Lehranstalten“ fortgesetzt.  
 Abg. v. Knappe (nl.) tritt für die Zulassung der Realschul-Abiturienten zum Studium der Medizin ein.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Althoff erwidert, diese Frage gehöre zur Zuständigkeit des Reiches, da durch reichsgesetzliche Bestimmung die Vorbildung der Mediziner geregelt ist. Allerdings finde in Preußen eine Uebersetzung der Prüfungsbedingungen statt und da diese die Regierung allerdings auf dem Standpunkte, daß man den Realschülern die Zulassung zum Studium nicht verweigern solle. Es werde ja schließlich doch darauf ankommen, daß der junge Mann aus eigener Kraft für seine wissenschaftliche Ausbildung Sorge.

Abg. Dr. Birchow (freis.) glaubt aus den auf den höheren Schulen bemerkbaren Anzeichen auf einen Niedergang der allgemeinen Bildung schließen zu müssen. Redner entwickelt diesen Gedanken in längerer Ausführung, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Minister Boffe kann nicht in allen Punkten mit dem Vorredner übereinstimmen. Jedenfalls bemühe sich die Regierung, das Niveau der nationalen Bildung nicht bloß vor einem Zurückfallen zu bewahren, sondern dasselbe zu erhöhen. Besonders bestreite er den vom Vorredner behaupteten Mangel der Ausbildung in der Logik. Man werde der technischen Fachbildung doch immer eine höhere Bedeutung beilegen müssen.

Die Abg. Pleß und Adhölz (fr.) wünschen die Aufnahme der Stenographie in die Unterrichtsfächer der Schule und empfehlen namentlich das neue System der National-Stenographie.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Krätze erwidert, daß die Vereinfachung der einzelnen Systeme noch nicht so weit vorgeschritten sei, um heute schon ein abschließendes Urtheil fällen zu können.

Abg. Glattfelder (fr.) tritt bezüglich des Unterrichts dem Abg. Birchow bei, wünscht stenographischen Unterricht und befragt die vielfache Ueberbürdung der Lehrer, die nachtheilig auf den Unterricht zurückwirke.

Abg. Wetekamp (fr. Sp.) empfiehlt der Regierung, die Einheitsbestrebungen der stenographischen Systeme nach Möglichkeit zu fördern und glaubt, daß die Aufnahme des stenographischen Unterrichts in den Lehrplan der höheren Lehranstalten zu empfehlen sei. Vermindert könnte man die schriftlichen Arbeiten. In Bezug auf die Zulassung der Realschul-Abiturienten zum Studium der Medizin hoffe er, daß die Ansicht, welche der Regierungskommissar gemacht, sich nun bald erfüllen möge.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Knevers bemerkt noch in Bezug auf die Prospektur eines Schulamtskandidaten Schröder, in welcher die Anstellungs-Verhältnisse der Lehrer an den höheren Lehranstalten behandelt werden, daß diese Prospektur an erheblichen Fehlern und unrichtigen Angaben leide, sowohl in Bezug auf die Gehalts- wie auf die Anstellungs-Verhältnisse der Lehrer. Diese Verhältnisse liegen in Wirklichkeit viel günstiger für die Lehrer; der Vorredner habe

von diesen unrichtigen Angaben verschiedene übernommen.

Abg. Dr. Dietrich (fr.) anerkennt das Vorhandensein eines allgemeinen Bildungsrückgangs und tritt für Verbesserung der Gehalts- und Anstellungs-Verhältnisse der Lehrer ein.

Minister Boffe kennt zwar eine starke dienstliche Belastung der Lehrer an, kann aber doch nicht anerkennen, daß ein schneller Verbrauch der Kräfte bei den Lehrern anderen gelehnten Berufen gegenüber, in Folge der dienstlichen Ueberlastung stattfindet. Es werden genauere Ermittlungen hierüber noch stattfinden und sollten sich die behaupteten Befürchtungen als begründet erweisen, so wird unverzüglich Abhilfe erfolgen; mit dem Finanzminister ist das Nöthige bereits vereinbart.

Abg. Frhr. v. Böttig (fr.) ist erfreut, daß in Bezug auf die Zulassung der Realschul-Abiturienten die Regierung so entgegenkommende Erklärungen abgegeben hat; er hofft, daß diese nun bald auch praktische Folgen nach sich ziehen werde.

Abg. Dr. Göbel (fr.) stimmt mit dem Abg. Birchow darin überein, daß der humanistische Unterricht heute zu sehr zurückgedrängt ist, nur Wenige gäbe es, die noch in späterem Alter ihren Homer und Horaz mit Vergnügen lesen.

Abg. Dr. Arendt (fr.) bittet die Regierung, ihre Sympathien den Reform-Gymnasien zu erhalten; namentlich wünsche er, daß das Wohlwollen, das für diese Anstalten in der Ministerial-Inflanz besteht, auch in den unteren Instanzen geübt werde.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Bock erwidert, daß die Meinung über die Reform-Gymnasien noch nicht feststeht, sondern von den Erfolgen dieser Anstalten abhängen werde. Bei den Erhebungen bezüglich der Ueberlastung der Lehrer werden auch die Verhältnisse der Zeichnungslehrer geübt in Betracht gezogen werden.

Abg. Wetekamp tritt für die Meinung entgegen, daß Idealismus allein aus dem Studium der alten Sprachen gewonnen werde. Aus den klassischen Philologen und Juristen seien unsere Denkmäler hervorgegangen.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) erörtert die Frage der Stenographie. Es haben bereits Einigungsbestrebungen der verschiedenen Schulen begonnen, diese würden wesentlich gefördert werden, wenn die Stenographie in den höheren Schulen eingeführt würde.

Abg. Schall (konf.) bittet bei den angekündigten Erhebungen auch die Lehrer der nicht vollberechtigten Anstalten zu berücksichtigen.

Abg. Sampe (fr.) schildert die unthätigen baulichen Verhältnisse des Gymnasiums in Rastenburg und bittet den Minister, den Umbau zu beschleunigen.

Abg. van Meuten (fr.) bittet um Vertagung des Programms zu Rheinbach, bez. um Erhöhung des Staatszuschusses.

Abg. Vanger (fr.) wünscht Vertagung des Programms in Frankenfeld in Schlesien.

Regierungs-Kommissar Geheimrath Knevers erklärt, daß die Vermögensverhältnisse der Stadt Frankenfeld nicht so ungünstig seien, daß eine derartige Maßregel begründet erscheinen würde.

Abg. Wetekamp (fr. Sp.) weist auf die Ungleichheiten in der Bezahlung der städtischen und staatlichen Lehrer höherer Lehranstalten hin. Durch den Normal-Etat und die Nachträge dazu seien die Verhältnisse ziemlich verwickelt geworden, so daß eine gleichmäßige Regelung dringender zu wünschen sei. Die Regierung möge mit den Gemeinden, die noch im Rückstande sind, in Verhandlung treten und sie, wenn sie nicht leistungsfähig sind, unterstützen.

Regierungs-Kommissar Geheimrath Knevers hofft auf Grund der gemachten Erfahrungen, daß die Gemeinden auch ohne staatlichen Zwang die Gleichstellung der Gehälter bewirken werden. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.  
 Tagesordnung: Bernstein - Vorlage und Kultus-Etat.  
 Schluß 4 1/2 Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 13. März. Der Kaiser gedenkt am Sonnabend einer Einladung des russischen Votschafters zur Tafel zu entsprehen.

Die Forderung, mit einer Neuordnung der Schulunterhaltungspflicht noch gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung des konstitutionellen Charakters der Volksschule, der Rechte der Eltern und der Gemeinde zu verbinden, erscheint immer weit diskutabel, als es sich um organisatorische Maßregeln handelt, welche im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Uebertrage der Unterhaltung der Volksschule von den Hausvätern, Sozialisten oder anderen konfessionellen Gemeinden auf die bürgerlichen Gemeinden stehen. Dahin gehört namentlich die Konstruktion derjenigen Organe der Gemeinde, welche, wie die Schuldeputationen, in einer großen Zahl von Städten mit der Verwaltung der äußeren Angelegenheiten und mit der Mitwirkung bei der Ordnung der inneren Verhältnisse der Schulen zu betrauen sein würden. Auch kann für größere Gemeinden die Einrichtung besonderer beratender Organe für jede einzelne Schule in Frage kommen.

Mit diesen und ähnlichen Bestimmungen ließe sich ferner zur Befestigung der Mägen über den allzu bürokratischen Charakter der Schulverwaltung eine andere Organisation dieser Verwaltung durch Dezentralisation und organische Eingliederung derselben in das System der allgemeinen Landesverwaltung unter Aufhebung der Schulabtheilungen an den Regierungen verbinden.

Die bezüglichlichen Vorschläge des Volkskongressentwurfs von 1892 haben bei Anhängern und Gegnern dieses Entwurfs gleichmäßig Zustimmung gefunden; die Wiederaufnahme unterliegt daher denjenigen Bedenken nicht, welche gegen eine Wiederholung des Versuches, ein allgemeines Volksschulgesetz zu Stande zu bringen, entgegengesetzt werden. Ueber den vorstehend skizzierten Rahmen aber hinauszuweisen, erscheint unthunlich. Ganz indiskutabel sind jedenfalls gesetzgeberische Pläne, welche direkt oder indirekt auf die Einführung der *missio canonica* als Erfordernis für die Ertheilung des Religionsunterrichtes in der Volksschule hinauslaufen, wie

dem überhaupt jeder Versuch ausfichtslos sein würde, dem Staate diejenige alleinige Herrschaft über die Volksschule zu entziehen, welche er als dominus negotii nothwendig haben muß.

Die Gebiete der Schulgehege eignen sich auch schon deshalb zur Zeit nicht zur Inangriffnahme, weil die scharfen Gegenläge, welche dabei sicher hervortreten würden, nur zu geeignet wären, einen Keil zwischen die staatsrechtlichen Elemente zu treiben, in einer Zeit, in welcher ihr fester Zusammenschluß gegen den gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, mehr denn je nothwendig ist. Wer daher die baldige Befestigung der auf dem Gebiete der Schulunterhaltung noch bestehenden Härten und Ungerechtigkeiten ernstlich anstrebt, wird seine weitgehenden gesetzgeberischen Wünsche auf das zur Zeit erreichbare Maß beschränken müssen.

Die Frage der Auswanderung nach den deutschen Kolonien für Landwirthe, Kaufleute und Handwerker hat der bekannte Afrikaforscher Professor Wohltmann neulich in einem Vortrage in Frankfurt a. M. behandelt. Wir entnehmen den Ausführungen des Gelehrten Folgendes: Neu-Guinea hat ein tropisches Klima und kommt für die Auswanderung weniger in Betracht. Günstigere Bedingungen bietet Togo, nicht dem Bauern, sondern dem jungen Kaufmann, der hier ein bankbares Feld für seine Thätigkeit findet. Der Kaufmann kann im Alter von 40 Jahren mit einem kleinen Vermögen nach Deutschland zurückkehren, um dann selbst ein Geschäft anzufangen. Kamerun ist „unsere beste Kolonie, eine Perle unter den Kolonien Westafrikas.“ Auf den Plantagen bietet sich Unterhalt für Förster, Gärtner, Landwirthe. Eine vortheilhafte Stellung hat der Plantagen-Direktor, dem meist auch Lantime zugesichert ist. Geplant ist die Anlage eines Handwerker-Dorfes in der sehr gefunden höhern Gebirgsgegend. Die Verhältnisse von Deutsch-Ostafrika wurden von dem Redner, der sie an Ort und Stelle studirt hat, eingehend besprochen. In dem südafrikanischen Gebirgslande „kann der Weiße arbeiten, wenn er sich nicht allzusehr um die Mittagszeit den Sonnenstrahlen aussetzt.“ Die höhern Gebirge können nach der Ansicht des Professors Wohlmann etwa 2800 bis 3000 Familien aufnehmen, während der Gouverneur, Generalmajor Liebert, das Aichafische annimmt. Die Zukunft in Deutsch-Südwestafrika wird verschieden beurtheilt. Es heißt, daß das Land viel Diamanten und Gold birgt. Es bietet aber, da Bewässerungs-Anlagen möglich sind, dem Ackerbauer ein Heim: Handwerker und Kaufleute werden ihm folgen. In Namibien haben der Handwerker und der Bauer nichts zu suchen, wohl aber der Kaufmann und der Techniker. Erst dann wird diese Kolonie zu ihrer wirklichen Bedeutung gelangen, wenn das chinesische Reich von den europäischen Mächten und den Vereinigten Staaten aufgetheilt ist.

Die Erklärung des Cardinals Kopp „Für die Katholiken liegt am Charfreitag kein Verbot zur Feier vor“ ist nach dem römischen Brevier und den Einrichtungen der katholischen Kirche fehlerlos richtig. Wir lesen in Dr. Andreas Müller „Lexikon des Kirchenrechts und der römisch-katholischen Liturgie“ (Würzburg 1888) S. 422: „Charfreitag, auch Blut-, Martir- und der stille Freitag genannt, ist zur Erinnerung und Feier des Leidens- und Erlösungstodes Jesu Christi ein allgemeiner Fast- und Fasttag. Schon im zweiten Jahrhundert ward dieser Tag besonders heilig gehalten und gefeiert. Konstantin der Große ordnete dessen Feier allgemein an (Kausch. de vita Const. Lib. IV c. 18).“

Ebenso schreibt Krüll: „Christliche Alterthumskunde S. 72 wörtlich: „Der zweite der bedeutungsvollen letzten drei Tage vor dem Ostersfeste ist unser Charfreitag. Zwei derselben ist die Gedächtnisfeier des Erlösungstodes Jesu. Von der ältesten Zeit an hat die Kirche diesen Tag als einen Tag der Trauer und des Ernstes gefeiert und feierliche Stille, strenges Fasten und düstere Trauerzeremonien vorgeschrieben.“ Die apostolischen Konstitutionen (r. 18) sagen: „Besonders am Freitage der Charwoche halte ein ganzes Fasten.“ Nach Treuden war es der Charfreitag, an welchem jene strenge das Fasten hielten, welche nur einen Tag vor Ostern fasteten. Konstantin der Große verbot ausdrücklich an diesem Tage die Abhaltung der Gerichte, Märkte u. c.

Es hieß dies genau mit der kirchlichen Feier des Charfreitags zusammen.“ Nun — ?

Die Unterkommission der Budgetkommission des Reichstages war heute wiederum zusammengetreten. Es handelt sich um die Gehaltsregulierung bei den gehobenen Stellen der Postverwaltung u. s. w.

### Italien.

Rom, 13. März. Wie der „Agenzia Stefani“ aus Peking von gestern gemeldet wird, hat die Martino eine zweite Note an die chinesische Regierung gerichtet, in welcher er dieselbe erucht, die erste Note der italienischen Regierung nochmals entgegenzunehmen und sich zugleich bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten. Das Tjingli-Yamen erklärte sich, wie weiter gemeldet wird, in einer Antwort zur nochmaligen Entgegennahme der Note bereit, über deren Zurücksendung es sich bereits geeinigt hatte, bekundete jedoch durchaus keine Geneigtheit, sich in Verhandlungen einzulassen. Da die zweite Note de Martinos mit seinen Instruktionen in Widerspruch steht, nimmt man an, daß die italienische Regierung dieselbe nicht als ein Ultimatum aufzufassen, sondern vielmehr ihre Forderungen einfach aufrecht erhalten wird.

### England.

London, 13. März. Die „Central News“ bestätigt, Kaiser Wilhelm werde am 29. Juli in London eintreffen und dort während der ganzen Jagdtregatatione weilen. Der „Daily Graphic“ schreibt, diese Meldung, gepaart mit dem Ereignis, daß der Kaiser Cecil Rhodes empfangen, kennzeichnen in augenfälliger Weise die vollkommene Ausöhnung zwischen Großbritannien und Deutschland. Das sei sicherlich eine große Freudenbotschaft. Die Versöhnung wurde angedeutet durch die Unterzeichnung des englisch-deutschen Abkommens. Dieses behandle die ganze Afrikafrage, hauptsächlich die Möglichkeit, daß die portugiesischen Kolonien an der Ost- und Westküste auf den Markt kommen, und Frage für Frage für ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte bei der Theilung der Hegemonie im dunklen Welttheil.

Die Reise Cecil Rhodes' nach Berlin sei die logische Folge des Abkommens und eine Bürgschaft dafür, daß der große britische Imperialist für das neue Vorkommen völlig und loyal eingetreten sei. Es sei im höchsten Grade erfreulich, daß das Genie und der Unternehmungsgeist Rhodes' für die Sache der englisch-deutschen Freundschaft und das Zusammenwirken beider Mächte gewonnen sei, ein großer Gewinn für ihre freundschaftlichen Beziehungen. Englands aufrichtigster Wunsch sei es, das innigste Einvernehmen mit Deutschland zu pflegen nicht nur in Afrika, sondern in allen Welttheilen. „Daily Telegraph“ widmet der Begegnung des Kaisers mit Rhodes ebenfalls einen sehr sympathischen Leitartikel und drückt die Meinung aus, daß die von Rhodes geplante Eisenbahn, wenn sie gebaut wird, die Bande, die die deutschen und britischen Interessen in Afrika verknüpfen, befestigen werde.

London, 13. März. Der über 10 000 Tonnen große Dampfer, welcher in Belfast für die England-Rheiderlei erbaut wurde und in wenigen Tagen seefertig sein wird, ging durch Kauff in den Besitz der Hamburg-Amerika-Linie über, welche das Schiff bereits übernommen und „Vriogavia“ getauft hat.

### Asien.

Peking, 13. März. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Das Tjingli-Yamen sandte dem italienischen Gesandten de Martino gestern eine Note, in der es ihn um Rücksendung seiner Depesche ersuchte, aber kein weiteres Zeichen der Geneigtheit, andere Punkte des von ihm gestellten Ultimatums zuzugestehen, kundgab. Wie es heißt, hätte de Martino die Note unbeantwortet gelassen.

### Amerika.

Washington, 13. März. Nach Meldungen aus Manila gingen die amerikanischen Truppen, unterstützt von Artillerie, gegen die Aufständischen vor, welche den Berggriden besetzt hatten, der Paig beherrscht. Nach einem heftigen Gefechte schlugen die Amerikaner die Filipinos mit schwerem Verluste zurück und nahmen die Position auf dem Berggriden. Der Angriff auf Paig wurde vorbereitet. Der Verlust der Amerikaner ist gering.

### Landwirthschaftliches.

Die Düngung der Sommerhalbfürchte. Stickstoff, Phosphorsäure und Kali und auch Kalzium sind die Nährstoffe, für deren ausreichende Zufuhr wir bei dem Anbau von Sommerhalbfürchten sorgen müssen, wenn wir Anspruch auf hohe Ernten und ebensofals Reinerträge machen. Während nun bei der Ernährung der Winterhalbfürchte der Stallmist eine sehr wichtige Rolle spielt, ist seine Verwendung zu den Sommerhalbfürchten gering; ja, man vermeidet dieselbe wenn irgend möglich, da erfahrungsgemäß nach einer Stallmistdüngung das Sommergetreide sehr leicht an Rost und Lager leidet. Bei der Düngung der Sommerhalbfürchte ist man daher fast ausschließlich auf die Verwendung der künstlichen Düngemittel angewiesen, welche sich anerkanntermaßen um so mehr dazu eignen, als sie es gestatten, dem Nährstoffbedarf der Pflanzen mit dem Düngungsbedürfnis der verschiedenen Bodenarten in jeder Weise Rechnung zu tragen und der Verschwendung einzelner Nährstoffe vorzubeugen. In sehr vielen Wirtschaften sieht man leider noch immer von der Düngung der Sommerhalbfürchte ab, indem man der Ansicht ist, daß diese Pflanzen als zweite oder dritte Frucht nach einer Stallmistdüngung gebaut von der gegebenen Stallmistdüngung zu ihrem Gedeihen noch genügend Nährstoffe im Boden vorfinden. Auf das Unzutreffende dieser Ansicht ist schon wiederholt hingewiesen worden, wie auch die folgenden Ergebnisse von Düngungsversuchen zeigen, welchen Vortheil sich der Landwirth entgegen läßt, wenn er die Düngung seiner Frühjahrsfrüchte unterläßt.

So erntete Herr Hofmeister Ruding zu Stremmen (Brandenburg) auf Roggenboden 1. Klasse ohne Düngung einen Ertrag von 11,7 Zentner Gerste und 12,3 Zentner Stroh vom Morgen, nach einer im Frühjahr erfolgten Düngung mit 2 Zentner Thomasmehl, 3 Zentner Kainit und 1 1/2 Zentner Chilisalpeter, 14,8 Zentner Gerste und 15,6 Zentner Stroh und erzielte durch die Düngung nach Abzug der Düngungskosten von 11,50 Mark einen Reingewinn von 13,50 Mark pro Morgen. Herr Rittergutsbesitzer Freytag auf Holz bei Spremberg erntete auf einem Boden 3. Klasse auf dem ungenügenden Theil des Feldes 10 Zentner Hafer und 18,5 Zentner Stroh, auf dem mit 3 Zentner Thomasmehl, 4 Zentner Kainit, 1 1/2 Zentner Chilisalpeter und 15 Zentner Kalk gedüngten Theil des Feldes 18 Zentner Hafer und 35 Zentner Stroh pro Morgen. Er erzielte also durch die Düngung einen Mehrertrag von 8 Zentner Korn und 16,5 Zentner Stroh im Werthe von 72,50 Mark, so daß also nach Abzug der Düngungskosten von 34 Mark ein Reingewinn von 38,50 Mark pro Morgen sich ergab.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. März. Der Justizminister hat eine allgemeine Verfügung erlassen, die die Einbehaltung von abgenutzten Zehn- und Fünfpennigstücken durch die Gerichte und Gefängnisverwaltungen anordnet. Er sagt, es sei bemerkt worden, daß sich eine ständig wachsende Zahl von Zehn- und Fünfpennigstücken in Umlauf befände, deren Gewicht oder Erthenbarkeit in Folge des langen Gebrauchs erheblich abgenommen habe; im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Münzwesens erscheine es deshalb geboten, mit der planmäßigen Einziehung solcher Stücke vorzugehen. Die Kosten eines Rekurses sollen daher die abgenutzten Zehn- und Fünfpennigstücke einnehmen, aber nicht wieder ausgeben, sondern sie für Rechnung des Reichs in der Weise einzuziehen, daß die Münzen durch Vermittlung der Justizhauptkassen den Regierungshauptkassen zugeführt werden. Es darf wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß die Verfügung des Justizministers einem für alle Rekurse gestellten Reichsinstitut entspricht und nur zufällig zuerst in die Öffentlichkeit gekommen ist. Ein derartiges Vorgehen ist nur mit Dank zu begrüßen, denn







# Schale der Vergangenheit.

Roman von E. Reinisch.

44

(Nachdruck verboten.)

## 14. Kapitel.

Kurt Hallenberg ritt nicht direkt nach Gosenbach hinein, sondern hielt vor einer Bauernschänke, die ungefähr zehn Minuten vor dem Städtchen an der Landstraße lag und an den wöchentlichen Marktagen von den Landleuten als Ausspann benutzt wurde.

Hier überließ er sein Pferd der Obhut eines Knechtes und umschritt das Städtchen auf einem Promenadewege, bis er in eine schmale Gasse einbog und vor einem kleinen Friseurladen stehen blieb.

Der Geschäftsinhaber schenkte den jungen Kavaliere durch sein Fenster bemerkt zu haben, denn er kam eiligst aus der Ladenhür hervor, geschossen und begrüßte ihn mit einem tiefen Nicken.

Der Friseur war ein Mann von kaum vierzig Jahren und ein ehemaliger Diener im Hallenberg'schen Hause gewesen.

"Gut," begann Kurt rasch, "ich habe etwas mit Euch zu reden."

"Bestenfalls Herr Baron unter mein Dach zu treten, ich stehe dem gnädigen Herrn stets zu Diensten."

Kurt schritt rasch ins Haus und befand sich im nächsten Augenblick im Privatstübchen des Friseurs.

"Ich möchte Sie um die Gefälligkeit ersuchen, einen Weg nach der Post für mich zu machen. Geben Sie diesen Brief dem ersten Beamten mit der Bitte um eine sofortige schriftliche Antwort."

Er überreichte dem Friseur einen Brief, den er unter dem Titel: "Ich werde hier darauf warten."

Der Friseur empfing den geschlossenen Brief, nahm seinen Hut und eilte gehorsam fort. Nach zwanzig Minuten kehrte er mit dem ebenfalls geschlossenen Antwort zurück, die Kurt sofort öffnete und überflog.

"Ich danke Euch, Freund Sieber!" sagte er dann, dem bittenden Friseur herablassend zunkend und sofort das Häuschen wieder verlassend.

Denselben Weg nach der Promenade zurück schreitend, überlas er hier noch einmal die postliche Antwort.

Er hatte im Namen der Gräfin von Rotenstein angefragt, ob sich ein landesherliches oder ein gerichtliches Schreiben in der heutigen Posttasche befinden habe?

Die Antwort lautete: "Ja, und zwar ein großes Schreiben mit dem landesherlichen Siegel."

Kurt's Gesicht zeigte in diesem Augenblick einen erschreckenden Ausdruck. Seine Hände waren verzerrt von Wuth und in den Augen loderte eine maßlose Rachsucht.

"Kühnheit! Brut, infames Diebesgefinde!" fluchte er, die geballten Hände drohend schüttelnd, "damit kann ich Euch in's Zuchthaus bringen."

Einzelne Menschen zeigten sich auf der Promenade, Kurt setzte sofort sein gewohntes unbewegliches Gesicht auf.

Sein Gehirn arbeitete, gehorsam nach seinem Willen, wieder gleichmäßig, und ohne zu zögern, begab er sich sofort aufs Polizeibureau, wo man den jungen Diplomaten als künftigen Erben von Rotenstein trotz seines Vaters sehr hochgeschätzte.

Der Polizeimeister war natürlich zu jeder Stunde für ihn zu sprechen, machte aber ein sehr bedenkliches Gesicht, als er Kurt's Forderung vernahm.

"Natürlich liegt hier ein Verlust vor," sagte er, "das wichtige Schreiben kam auf der Post, unterwegs oder im Schloß verloren gegangen, beziehungsweise gestohlen worden sein. Können Sie mir einen thatsächlichen Beweis für Ihren Verdacht gegen diesen Herrn von Wolfseck, der bislang, soweit ich weiß, ein Gast auf Rotenstein gewesen ist, vorlegen, Herr Baron, dann will ich sofort gegen ihn einschreiten, natürlich zunächst mit einer Durchsuchung seiner Effekten."

"Auf der Post? Unterwegs?" fuhr Kurt unruhig auf, "aber ich bitte Sie, das ist ja ganz undenkbar. Herr von Wolfseck, dessen Persönlichkeit, wie ich bestimmten Grund anzunehmen habe, höchst zweifelhafter Natur ist, hat sich selber durch Versicherungen verrathen, die er nur durch Einsicht der gräflichen Korrespondenz erlangen konnte. Er blieb, als die Gräfin im Salon einen Besuch empfing, im Zimmer derselben allein zurück; er sah, wie sie die noch unerschnittene Posttasche in einen Schrank verschloß und entfernte sich dann nur, um an einer Salontür die Unterredung der Gräfin mit ihren Gästen zu belauschen, worauf meine Mama seine Entfernung veranlaßte."

"War am Schrank oder an der Tasse etwas in Unordnung, Herr Baron?"

"Nein, das nicht, er wird sich Nachschlüssel verschafft haben, da der Reithof eingestiegen, daß Herr von Wolfseck sich stets zuerst der Posttasche bemächtigt habe."

"Das ist freilich gravierend," meinte der Polizeimeister nachdenklich, und doch genügt es noch immer nicht zu einer polizeilichen Durchsuchung, Herr Baron! — Hierzu müßte ich vor allen Dingen den speziellen Auftrag der Frau Gräfin haben. Wollen Sie mir einen solchen vorlegen?"

"Aber bester Freund, dann wäre ja alles verpufft," rief Kurt ungebuldig, "wir verlieren kostbare Zeit und haben das Nachsehen. Die Gräfin hat mir unumwundene Vollmacht in dieser Sache gegeben. Außerdem könnten Sie bei dieser Gelegenheit sich auch einmal die Legitimationspapiere des zweifelhaften Herrn ansehen."

"Das wäre selbstverständlich, Herr Baron!" versetzte der Polizei-Chef noch immer zögernd, "doch zu einer Durchsuchung seiner Effekten ist noch kein hinreichender Grund vorhanden. Sie meinen, daß er in Gosenbach geblieben ist?"

"Gewiß, lassen Sie nur sofort im Erbprinzen nachfragen."

Der Polizeimeister klingelte und ertheilte dem eintretenden Unterbeamten den nöthigen Befehl mit der Bemerkung, ganz unversäglich dabei zu Werke zu gehen, indem er sich nach den eingetroffenen Fremden zu erkundigen habe.

Als der Beamte sich entfernt hatte, fragte der Polizei-Chef: "Sie begleiten uns doch, Herr Baron?"

"Nein, nein," meinte Kurt bestürzt ab, "um keinen Preis gehe ich zu diesem Menschen."

"Dann bedauere ich, die Sache nicht in die Hand nehmen zu können, Herr Baron! Sie vergessen, daß der Herr, den Sie anfragen, ein Gast der Gräfin Rotenstein war und nur diese einen Antrag auf eine Einsichtnahme meinerseits gegen ihn zu stellen befugt ist."

"Aber Sie können die Einsicht in seine Legitimations-Papiere verlangen," rief Kurt, den plötzlich Wuth und Verzweiflung packten, "bedenken Sie, daß er ein Dieb, ein Abenteurer ist, der die Gräfin betrogen und beraubt hat, und nun, im Besitz dieses landesherlichen Schreibens, ein Subversivfond vorzubereiten plant."

"Ah, ich verstehe, Herr Baron! Das Schreiben hat für Sie einen speziellen Werth?"

"Sie haben's errathen, Herr Polizeimeister! Dieser amerikanische Strauchritter, dessen Name erlogen sein wird wie sein Adel, will mich aus Rotenstein verdrängen, indem er vorgiebt, als Verwandler des verstorbenen Grafen ein größeres Recht auf das Erbe zu besitzen als ich."

"Ja, existirt denn der leibliche Sohn der Gräfin nicht mehr unter den Lebenden?" fragte der Polizei-Chef nachdenklich.

"Er ist todt, doch scheint ein Betrüger sich aufzutun, der ebenfalls Rechte beansprucht und zwar im Namen dieses Sohnes."

"Selbstsam, — was meint die Gräfin, Ihre Frau Mama, Herr Baron?"

"Sie hat die Betrüger bereits kurz entschlossen abgewiesen, und zwar ohne mein Zutun, weil sie überzeugt ist, daß sie Wuchsthepper sind und unter einer Dede stecken. — Doch da haben wir wohl die Fremdenliste."

Der Unterbeamte war nach kurzem Kopfen eingetreten und überreichte seinem Chef ein Blatt Papier, worauf er sich auf einen Winkel wieder entwarf.

"Sie haben Recht, Herr Baron, hier steht der Name Wolfseck unter den Fremden."

Kurt nahm hastig das dargelegte Papier und las die Namen: Baron von Erlinghausen zu Erlinghausen — Leo Günther aus Montevideo — Freiherr von Wolfseck aus Sacramento, Vereinigte Staaten — Semora del Gra nebst Bezeichnung aus Montevideo.

"Da sind sie ja beisammen, die beiden Ritter von der traurigen Gestalt," sagte Kurt zähneknirschend. "Sehen Sie hier, Herr Polizeimeister, dieser wird der zweite im Bunde sein, er nennt sich Leo Günther, und hat sich einen Bürger, einen künftigen Greis, diesen Erlinghausen mitgebracht. Kennen Sie ihn vielleicht?"

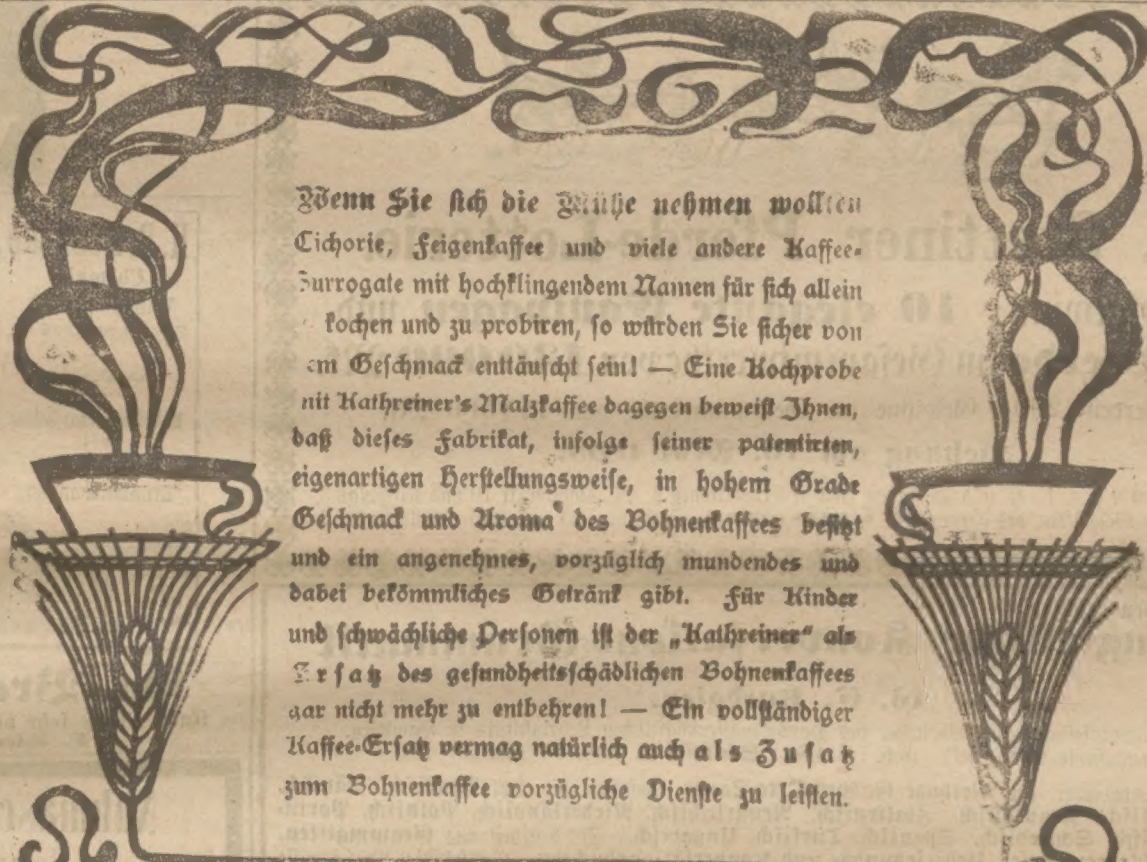
"Persönlich nicht, doch hat sein Name einen vollständigen Klang, Herr Baron! Sehen Sie mir in's Hotel? Ja oder nein?"

Kurt überlegte einen Augenblick, er sah ein, daß er sonst gar nichts erreichen würde und sagte deshalb entschlossen: "Ja, ich begleite Sie dorthin."

(Fortsetzung folgt.)

# Was nukt die beste Idee?

wenn sie praktisch nicht schnell in der Nähe zu haben ist. Der Bader-Milchkocher, als das billigste Milchkochersystem der Gegenwart, zu 95 Pfg., ist eine der besten Ideen für das Volk, da es auch der kleinsten Familie möglich ist, dem Säugling die Wohlthat der sterilisirten Milch angedeihen zu lassen. In den nächsten Colonialwarenhandlungen zu haben. Generalvertreter: E. M. Scherer. Tel. No. 1584.



Wenn Sie sich die Mühe nehmen wollten Cichorie, Feigenkaffee und viele andere Kaffee-Surrogate mit hochklingendem Namen für sich allein kochen und zu probiren, so würden Sie sicher von dem Geschmack enttäuscht sein! — Eine Kochprobe mit Kathreiner's Malzkaffee dagegen beweist Ihnen, daß dieses Fabrikat, insofern seiner patentirten, eigenartigen Herstellungsweise, in hohem Grade Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees besitzt und ein angenehmes, vorzüglich mundendes und dabei bekömmliches Getränk gibt. Für Kinder und schwächliche Personen ist der "Kathreiner" als Ersatz des gesundheitschädlichen Bohnenkaffees gar nicht mehr zu entbehren! — Ein vollständiger Kaffee-Ersatz vermag natürlich auch als Zusatz zum Bohnenkaffee vorzügliche Dienste zu leisten.

## XXXVI. Internationaler Maschinenmarkt.

Der Breslauer landwirthschaftliche Verein veranstaltet am 15., 16. und 17. Juni 1899 in Breslau eine Ausstellung und einen Markt von land-, forst- und hauswirthschaftlichen Maschinen und Geräthen. Programme und jede etwaige gewünschte Auskunft ertheilt die Maschinen-Ausstellungs- und Markt-Kommission zu Breslau, Matthiassplatz 6; an dieselbe z. B. des Generalsekretärs, Oekonomierath Dr. Kutzleb sind die Anmeldungen bis spätestens 31. März zu richten. Verpöbte Anmeldungen finden keine Berücksichtigung. Breslau, Januar 1899.

Der Vorstand des Breslauer landwirthschaftlichen Vereins.

## Loose

zur Königsberger Pferde-Lotterie.

Ziehung am 17. Mai d. Js., à Loos 1 Mark,

sind zu haben in der Expedition d. Bl., Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3, sowie bei R. Grassmann, Lindenstr. 25.

## Grosse Ersparnisse im Haushalte

ermöglichen Fahlberg, List & Co's

## Saccharin-Tabletten,

der beste, billigste und gesündeste Süßstoff.

Der Ersatz von 1 Pfund Zucker kostet nur

! 10—12 Pfennige!

Ausgezeichnet zum Versetzen von Kaffee, Thee, Kakao, Schokolade, Suppen, Grog, Punsch, Glühwein, Warmbier, Limonaden u. s. w.

Zu haben in allen durch Saccharinplakate kenntlichen Drogen-, Colonial- und Materialwarenhandlungen.

## 6 Stuben.

Berlinerthor 10, 3 Treppen, mit allem Zubehör zum 1. Oktober zu vermieten. Grabow, Breitestr. 38, rechts, Nebengel., z. 1. April z. v.

## 5 Stuben.

Königsplatz 10, 1 Tr., sind 5 große helle Räume zu Bureauzwecken z. zu verm. Näh. Kl. Domstr. 25 im Marien-Kita-Bureau.

Eine Wohnung von 5 Zimmern nebst Zubehör ist zum 1. April zu vermieten. Carl Oberländer, Kohlmarkt 11.

## 4 Stuben.

Centrif. 30, 1 Tr., 4 Zimmer mit allem Zubehör zum 1. April zu vermieten.

ruhige Miether zum 1. 4. 99 zu vermieten.

Öligerstr. 28, 1 Trepp. rechts, 4 Stuben mit Kabinett zu vermieten.

## Oberwief 20a.

Friedrichstr. 9, 1 Tr., herrschaftliche Wohnung von 4 Stuben, Kabinett, Wasserloset, Küche und Zubehör zum 1. April 1899 zu vermieten.

Näheres bei R. Grassmann, Kirchplatz 3, 1 Trepp.

## 2 Stuben.

Fuhrstr. 8, 2 Stuben, Kammer, Küche zum 1. 4. zu vermieten. Näheres 2 Tr. Grabow, Reiterstr. 5b, 1, 2 Stub. u. Kabinett.

Commen. u. Wasserl., z. 1. April z. v. Pr. 23 ex. 24.

## Wilhelmstraße Nr. 20,

Hinterhaus, eine Wohnung von 2 Stuben und Küche zum 1. April an ordentliche Leute zu vermieten.

Näheres bei Frau Nüske, Eingang Bäcker, Vorderhaus 1 Trepp.

## Pöligersstraße 66.

Vorscherstr. 40, e. Wohn., 2 Stb., K., B., z. 1. April z. v.

## Oberer Rosengarten 17,

eine Wohnung, 2 Stuben und Zubehör, zum 1. April zu vermieten. Zu erforschen im Bekannten.

## Wilhelmstraße Nr. 20,

Vorderhaus, eine Wohnung von 2 Stuben, Küche und Wasserloset zum 1. April an ordentliche Leute zu vermieten.

Küche und Wasserloset zum 1. April an ordentliche Leute zu vermieten.

Näheres bei Frau Nüske, Eingang Bäcker, Vorderhaus 1 Trepp.

Schürichstr. 12, e. f. Wohn. v. 2 St. u. Zub. f. z. v.

## Stube, Kammer, Küche.

Postenbr. 12, kleine Stube und Küche billig zu vermieten. Zu erforschen Nr. 13, parterre links.

## Fuhrstr. 8,

2 Tr., Stube, Kammer, Küche, hell und freundlich, zum 1. 4.

## 1 Stube.

eine Stube im Vorderhaus für monatlich 6 M.

## Läden.

Häuserneierstr. 2, Laden mit Kabinett sofort oder später zu vermieten.

## Werkstätten.

Klosterhof 5, große Keller als Werkstatt oder Lageraum z. 1. März z. verm. Näh. Nr. 4, h. Pfl.

## Mietgesuche.

Junger Kaufmann sucht möblirtes Zimmer

nahe Berliner Thor zum 1. 4. Offert. mit Preis unter No 11818 an Mannesmann & Co. Vageler, A.-G., Lübeck.



